



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 179. Ratssitzung vom 25. Februar 2026

5853. 2025/3

Parlamentarische Initiative von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 08.01.2025: Verzicht auf die Erhebung der Mengengebühr bei der Anlieferung von Sperrgut bis zu einer bestimmten Menge, Ergänzung der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (AS 712.110)

Rückkommensantrag

Matthias Renggli (SP) stellt namens der RedK einen Rückkommensantrag und begründet diesen: Im Rahmen der Vorbereitung der Redaktionssitzung wurde bemerkt, dass eine Klausel zur Inkraftsetzung fehlt. In Rücksprache mit den Einreichenden der Parlamentarischen Initiative und dem Präsidium der vorberatenden Kommission stellt die Redaktionskommission einen Antrag auf materielles Rückkommen sowie auf das Einfügen einer neuen Dispositivziffer 2, wonach der Stadtrat die Änderung in Kraft setzen soll.

Der Rat stimmt dem Rückkommensantrag stillschweigend zu.

Materielles Rückkommen, neue Dispositivziffer 2

Matthias Renggli (SP) beantragt namens der RedK folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag der Parlamentarischen Initiative gemäss Antrag der Mehrheit der SK TED/DIB wird zu Dispositivziffer 1):

2. Der Stadtrat setzt die Änderungen in Kraft.

Zustimmung:	Referat: Matthias Renggli (SP), Präsidium; Dr. Bernhard im Oberdorf (Die Mitte), Simon Kälin-Werth (Grüne), Frank-Elmar Linxweiler (GLP), Roger Meier (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Abwesend:	Moritz Bögli (AL), Marcel Tobler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag von Matthias Renggli (SP) stillschweigend zu.



Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses 5687 vom 14. Januar 2026:

Zustimmung: Referat: Matthias Renggli (SP), Präsidium; Dr. Bernhard im Oberdorf (Die Mitte), Simon Kälin-Werth (Grüne), Frank-Elmar Linxweiler (GLP), Roger Meier (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)
Abwesend: Moritz Bögli (AL), Marcel Tobler (SP)

Das Präsidium der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Matthias Renggli (SP): *Trotz der Kürze des Texts haben wir redaktionelle Änderungen vorgenommen. Im Artikel 45 Absatz 3 haben wir den Begriff «Dienstabteilung» durch den üblichen Begriff «zuständige Stelle» ersetzt. Zudem haben wir einen Verweis auf Absatz 2 hinzugefügt, in dem die Mengengebühr definiert ist, und die Wiederholung, dass es sich um eine Menge handelt, gestrichen. Auch in Absatz 4 haben wir den Begriff «Dienstabteilung» durch «zuständige Stelle» ersetzt. Der Satz wurde auch vereinfacht, da aus der Marginalie klar ist, dass es sich um Sperrgut handelt.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Michael Schmid (FDP) *beantragt geheime Abstimmung gemäss Art. 206 GeschO GR: Den Antrag stelle ich namens der FDP-Fraktion. Bekanntlich hat das Thema eine lange Vorgeschichte. Wir wollen bewirken, dass die Schlussabstimmung ohne Anschein von tatsächlichen oder vermeintlichen Pressionen durchgeführt werden kann.*

Der Rat stimmt dem Antrag von Michael Schmid (FDP) mit 57 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 206 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt dem Gemeinderat:

Der Parlamentarischen Initiative GR Nr. 2025/3 von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 8. Januar 2025 (mit Änderungen gemäss Antrag der RedK vom 30. Januar 2026) wird wie folgt zugestimmt:



Die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ; AS 712.110) vom 2. Februar 2022 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

- Sperrgut Art. 45 Abs. 1–2 unverändert.
- ³ Die zuständige Stelle verzichtet auf die Erhebung der Mengengebühr gemäss Abs. 2 für folgende Mengen pro Haushalt und Jahr:
- a. in den Jahren 2025–2027 200 kg;
 - b. ab dem Jahr 2028 100 kg.
- ⁴ Für die Anlieferung von Kleinmengen bis 25 kg und bei Sperrgutaktionen, die der Entrümpelung von Haushalten dienen, kann die zuständige Stelle auf die Erhebung der Mengengebühr verzichten.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt dem Gemeinderat:

Die Parlamentarische Initiative GR Nr. 2025/3 von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 8. Januar 2025 wird abgelehnt.

- Mehrheit: Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Stéphane Braune (FDP), Markus Merki (GLP), Sebastian Vogel (FDP)
- Minderheit: Referat: Dominik Waser (Grüne); Sibylle Kauer (Grüne)
- Enthaltung: Tom Cassee (SP), Niyazi Erdem (SP), Christian Häberli (AL), Ursina Merkler (SP), Patrick Tscherrig (SP)

Aufgrund der vorhergehenden Abstimmung wird über die bereinigten Dispositivziffern 1–2 abgestimmt.

Abstimmung gemäss Art. 206 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll

Anwesende Ratsmitglieder	121
Ausgeteilte Stimmzettel	121
Eingegangene Stimmzettel	121
Leere Stimmzettel	2
Ungültige Stimmzettel	0
Gültige Stimmzettel	121
Ja-Stimmen	52
Nein-Stimmen	67
Enthaltungen	0

Der Rat lehnt die bereinigten Dispositivziffern 1–2 mit 52 gegen 67 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.



4 / 4

Damit ist beschlossen:

Die Parlamentarische Initiative GR Nr. 2025/3 von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 8. Januar 2025 wird abgelehnt. Damit ist das Geschäft erledigt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat